

diese Regierungen mache Bonn die Bemühungen der Vereinten Nationen im südlichen Afrika zunichte. In recht massiver Weise warf die Vertreterin Guineas Bonn politische und wirtschaftliche Sabotageakte gegen ihr Land vor. Mit Hilfe bundesdeutscher Entwicklungshelfer und des Botschafters der Bundesrepublik in Conakry sei von Bonn versucht worden, die Souveränität Guineas auszuhöhlen und das Land zur Marionette im Dienste der Bundesregierung zu machen. Mit größtem Bedenken, so erklärte Madame Cissé, und nur, um die Einmütigkeit im Sicherheitsrat nicht zu stören, habe sie der Aufnahme der Bundesrepublik zugestimmt; es sei zu

hoffen, daß der Sicherheitsrat die Zulassung Bonns nicht eines Tages zu bedauern habe.

Der Delegierte Kenias, Joseph Odera-Jowi, griff die schrillen Töne der Guineerin nicht auf, sondern paßte sich der allgemeinen Grundstimmung an, als er die von Hader und Streit zerrissenen Staaten der Welt aufrief, sich am Beispiel der beiden deutschen Staaten zu orientieren. Mit einem Aufruf an die Parteien im Nahen Osten, aus dem Verhalten Bonns und Ostberlins zu lernen, wie man Streit friedlich beilegt, stellte er für den Sicherheitsrat die Beziehungen zum tristen Alltag wieder her.

Von San Franzisko bis zur Aufnahme in die Vereinten Nationen

DR. EDGAR GERWIN

Mehr als zehn Jahre war Dr. Gerwin Pressechef der Deutschen Beobachtermission bei den Vereinten Nationen in New York. In lockerer Form gibt er nachstehend einen Überblick über die Annäherung Deutschlands an die UNO.

I

Als sich am 25. April 1945 in San Franzisko Vertreter von 50 Staaten zusammenfanden, um sich an der Gründung der Vereinten Nationen zu versuchen, war Deutschland nicht dabei. In und um Deutschland wurde noch gekämpft. Als zwei Monate später, am 26. Juni, die Charta feierlich unterzeichnet wurde, stand für uns erst noch die Konferenz von Potsdam bevor.

Die Gründung der UNO wurde mit Eile betrieben, und ihre Väter wußten auch, warum dies nötig war. Man wollte vor allem eine universale Weltorganisation der im Kriege gegen die Achsenmächte verbündeten Alliierten schaffen. Die Vereinigten Staaten von Amerika sollten auf jeden Fall dabei sein, nachdem sie den Völkerbund, immerhin das Geisteskind ihres Präsidenten Woodrow Wilson, verleugnet hatten, in dem sie ihm nie beigetreten waren. Und die Sowjetunion sollte ihr von Anfang an angehören, nicht nur sporadisch wie dem Völkerbund, dem sie erst im September 1934 beigetreten und aus dem sie fünf Jahre später, nach dem Angriff auf Finnland, wieder ausgeschlossen worden war.

Es war auch 1945 nicht leicht, diese Einheit zustande zu bringen. Den Amerikanern hatte man deshalb viel von der Gründungsehre zugespielt. Roosevelt und Churchill hatten schon 1941 die Atlantik-Charta formuliert, noch vor Hitlers Angriff auf die Sowjetunion und vor dem japanischen Schlag gegen Pearl Harbour. Die wichtigste Vorbereitungsarbeit für San Franzisko wurde auf amerikanischem Boden, auf der Konferenz von Dumbarton Oaks geleistet, der Gründungsakt der Weltorganisation nach San Franzisko gelegt.

Den Russen mußte man, um ernstliche Meinungsverschiedenheiten, die auf der Jalta-Konferenz (Februar 1945) aufgetreten waren, zu überbrücken, wichtige sachliche Zugeständnisse machen. Es wurden ihnen in der Vollversammlung drei Sitze, für die Sowjetunion, für die Ukraine und für Weißrußland, zugebilligt. Und für den Sicherheitsrat wurde das Vetorecht für die fünf Ständigen Mitglieder (USA, Großbritannien, Frankreich, Sowjetunion und China) geschaffen, wozu einer der Jalta-Teilnehmer, der britische Außenminister Anthony Eden, später bemerkte: »Ich muß bekennen, daß niemand auf unserer Seite vorausgesehen hat, in welchem Umfang die Sowjets dieses Mittel mißbrauchen würden... Sie haben das Veto überanstrengt, bis es die Autorität des Sicherheitsrates untergraben hat.«

In San Franzisko suchten die Russen das Vetorecht auch auf

die Geschäftsordnung des Sicherheitsrates auszudehnen. Nach langem Tauziehen gaben die Russen nach, wie man annehmen darf, um heftigen Streitigkeiten hinter den Kulissen über die während der Konferenz bekanntgewordene Verhaftung von polnischen Patrioten zu entgehen, die nach westlicher Auffassung nicht ins Gefängnis, sondern in die erste Warschauer Regierung gehört hätten. Der Kalte Krieg warf deutlich in jenen Tagen am sonnigen Pazifik schon seine Schatten voraus. Um noch einmal Anthony Eden zu zitieren, »von diesen Gesprächen mit Außenminister Molotow (über die verhafteten Polen) an wurde ich zunehmend verzweifelter über die Zukunft der Vereinten Nationen, die von der Einheit unter den Verbündeten des Krieges abhing«.

Der entschlossene Wille, als Wall gegen künftige Weltbrände einen neuen, besseren Völkerbund zu schaffen, siegte jedoch. Die Vertreter von 50 Staaten unterzeichneten die Charta, Polen wurde als 51. Gründungsstaat aufgeführt, obwohl es aus Mangel an einer Regierung nicht in San Franzisko vertreten war. Hoffnungsvoll sprach man in der Präambel von den *Völkern* der Vereinten Nationen, man sprach vom Frieden und davon, wie man ihn mit Hilfe der UNO wahren und sichern wollte.

Indirekt sprach man auch von Deutschland – nämlich als einem der Feindstaaten. In Artikel 107 der Charta wurde festgelegt, daß im Gefolge des Zweiten Weltkrieges ergriffene oder autorisierte Maßnahmen durch die Charta weder außer Kraft gesetzt noch untersagt werden könnten. Und in Artikel 53 wurde die sonst notwendige Ermächtigung des Sicherheitsrates zu friedenssichernden Maßnahmen solange ausgesetzt, bis den Vereinten Nationen die Aufgabe zugewiesen sein würde, neue Angriffe eines Feindstaates zu verhüten. Jetzt, mit der Aufnahmeempfehlung des Sicherheitsrates für die beiden deutschen Staaten, sind diese Feindstaatenklauseln auf dem Schrotthaufen der Geschichte gelandet. Die Tatsachen der europäischen Existenz von 1973 und als ihr formales Dokument die Vier-Mächte-Erklärung vom vergangenen November, die dem Sicherheitsrat von allen vier Mächten abschriftlich als Absichtsverkündung zugeleitet worden ist, haben den Schlußstrich unter dieses Kapitel der UNO-Entwicklung gezogen.

II

Die erste direkte Berührung zwischen Deutschland und der UNO begeht in diesem Jahre ihr 25jähriges Jubiläum, in Verbindung mit der Blockade von Berlin. So schnell wie die Luftbrücke gebaut wurde, kam auch der Appell an die Vereinten Nationen. Sie wurden vom Stadtrat von Berlin bereits im Juni 1948 um Vermittlung ersucht, »da der Streit der Besatzungsmächte eine akute Bedrohung des Weltfriedens bedeutet«. Später riefen die drei westlichen Besatzungsmächte

die UNO an, weil die Blockade gegen die Charta verstoße und eine Friedensbedrohung sei. Acht Sitzungen des Sicherheitsrates, von der Sowjetunion und der Ukraine boykottiert, befaßten sich im Oktober 1948 mit der Berlin-Krise. Ein Resolutionsentwurf forderte die vier Besatzungsmächte auf, alles zur Beseitigung des Konfliktes Erforderliche zu tun und insbesondere im Rat der vier Außenminister die Erörterung aller wichtigen Probleme, die Deutschland als Ganzes betreffen, wieder aufzunehmen. Der Entwurf wurde von der Sowjetunion mit ihrem 28. Veto abgewiesen.

Dennoch spielte die UNO bekanntlich eine wichtige Rolle bei der Beendigung der Blockade. Nicht in öffentlicher Debatte, sondern im privaten Gespräch unter Delegierten wurde die Grundlage dafür geschaffen. Der amerikanische Botschafter Jessup und der sowjetische Botschafter Malik, der gleiche, unter dessen Vorsitz der Sicherheitsrat im Juni dieses Jahres die Empfehlung der Aufnahme der beiden deutschen Staaten in die UNO beschlossen hat, spürten damals die Möglichkeit einer Annäherung von Ost und West auf. Im Mai 1949 wurde in der damaligen provisorischen Behausung der UNO außerhalb von New York, am Lake Success, die Einigung erreicht, die Blockade beendet.

Deutsche sind dabei in der UNO nicht in Erscheinung getreten. Das geschah erst aus anderem Anlaß, im Dezember 1951, als Vertreter aus der Bundesrepublik und aus der DDR im Politischen Sonderausschuß der 6. Vollversammlung an zwei »Katzentischen« saßen und zu dem Ersuchen der Bundesregierung gehört wurden, in ganz Deutschland freie Wahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung unter internationalem Schutz und internationaler Kontrolle abzuhalten. Zuerst erschienen aus Bonn die Abgeordneten Heinrich von Brentano für die CDU und Hermann Schäfer für die FDP, dazu Johann Baptist Gradl für die Exil-CDU in Berlin und der Regierende Bürgermeister von West-Berlin, Ernst Reuter, zugleich für die SPD. Sie sprachen von dem von allen Parteien im Bundestag gehegten Wunsch nach Wiedervereinigung und beeindruckten den Ausschuß mit dem Ersuchen nach freien, international überwachten Wahlen.

Einige Tage später, nach Schwierigkeiten bei der Ausreise aus Ost-Berlin, trafen Lothar Bolz als Außenminister der DDR, Otto Nuschke als stellvertretender Ministerpräsident, Staatssekretär Anton Ackermann und Friedrich Ebert, Oberbürgermeister von Ost-Berlin ein. Sie sprachen sich gegen die Entsendung einer UNO-Prüfungskommission über die Möglichkeit zur Abhaltung freier Wahlen aus. Bolz nannte eine derartige Kommission »eine Einmischung in die inneren friedlichen Angelegenheiten der Deutschen«.

Doch die Vollversammlung beschloß, gegen nur sechs Stimmen, die Einsetzung der Kommission, die im März 1952 in die Bundesrepublik und nach West-Berlin reiste. Weiter kam sie nicht. Die Einreise nach Ost-Berlin und in die DDR wurde ihr verweigert. Im Abschlußbericht der Kommission hieß es damals: »Die Kommission ist nicht in der Lage gewesen, mit den zuständigen Instanzen in der Sowjetischen Besatzungszone und im Ostsektor von Berlin die Abmachungen zu treffen, die für die Durchführung des Auftrages der Vollversammlung notwendig gewesen wären.«

Der Bericht wanderte in die Akten. Der Ausschuß besteht dem Namen nach noch heute. Von deutscher Seite wurde kein weiterer Versuch unternommen, die Deutschland-Frage über die UNO zu lösen. Dafür verpflichtete sich die Bundesrepublik in den Deutschland-Verträgen von 1954 förmlich, die Charta und vor allem die Bestimmungen über die friedliche Lösung von Konflikten als bindend zu respektieren.

Um so häufiger wurde die Deutschland-Frage in der alljährlichen Generaldebatte von den Sprechern der Mitgliedstaaten aufgegriffen, oft von Bonn aus dazu angeregt, wo das Auswärtige Amt über die Erwähnungen Deutschlands genau Buch führte. Der Ostblock wiederum benutzte die Bundes-

republik als Zielscheibe im Kalten Krieg. Auf dem Höhepunkt der sowjetischen Angriffe, in der ultimativen Note vom 27. November 1958, machte Moskau den Vorschlag, die Besatzungsmächte in Berlin aufzuheben, West-Berlin zu einer »internationalen Stadt« zu machen und diesen Status irgendwie durch die Vereinten Nationen absichern zu lassen. Von daher datiert das Gespenst einer UNO-Lösung für West-Berlin, das wohl kaum eine Garantie für Freiheit und Selbständigkeit der Stadt zu bieten hatte. Auch der Vorschlag des sowjetischen Außenministers Gromyko einige Jahre später, ein »unabhängiges« West-Berlin zu schaffen, das in der UNO neben der DDR und der Bundesrepublik Sitz und Stimme bekommen sollte, fand wenig Widerhall unter den UNO-Mitgliedern.

III

Statt dessen spiegelte sich unter den Delegierten in den Vereinten Nationen das wachsende Ansehen des freien Teils Deutschlands, mit dem sie Verbindung hatten, gekennzeichnet durch seinen Wirtschaftsaufschwung, durch liberale Ideen und praktische Beispiele zur Entwicklungshilfe und unbelastet durch Kolonialbesitz in neuerer Zeit. Von der Deutschland-Frage und vom Streit um die Wiedervereinigung wollten die Vertreter der Dritten Welt, der selbständig gewordenen Völker Afrikas und Asiens, nichts hören. Sie hielten die Abwesenheit Deutschlands in den UNO-Gremien für unsinnig und, da sie die deutsche Freundschaft schätzten, vielfach für bedauerlich. Als der ghanesische Präsident der 19. Vollversammlung, Quaison-Sackey, 1964 einen Ad-hoc-Ausschuß der UNO vorschlug, um sozusagen mit Hilfe der Dritten Welt den gordischen Knoten der Deutschland-Krise durchzuhauen, konnte auch er die festgefahrenen Positionen zwischen Ost und West nicht lockern. Doch er sprach der ungebundenen Welt aus dem Herzen: Sie wollte mit Deutschland normale, gute Beziehungen schaffen, sie wollte Deutschland in der UNO mitarbeiten sehen. Ob dies ein geteiltes oder wiedervereinigtes Deutschland war, schien ihr von untergeordneter Bedeutung.

Quaison-Sackey hat aus der Unbefangenheit Afrikas heraus sozusagen des Volkes Stimme verkörpert, wenn er Deutschland, wenn er den Deutschen den Weg in die UNO öffnen wollte. Doch was die Großmächte, was die Deutschen untereinander damals noch nicht vermochten, machte es auch für Außenstehende unmöglich zu helfen. Einzeln konnten die beiden Teile Deutschlands nicht in die UNO einziehen, dafür sorgten die Veto-Möglichkeiten von Ost und West im Sicherheitsrat, wo jeder Aufnahmeantrag anlaufen muß.

Doch das Klima wurde allmählich entspannter... Während die Politiker auf ihre Chance warteten, Deutschland den Weg in die UNO zu ebnen, halfen zwei unserer Besten aus altem Stamm, Deutschland dort zu vertreten – Friedrich Schiller und Ludwig van Beethoven. Und das kam so:

Eines Tages entstieg in New York dem Flugzeug aus Puerto Rico ein kleiner, lebhaft gestikulierender Herr. Bevor ihn Freunde und Journalisten nach seinen Plänen fragen konnten, sprudelte er: »Ich muß zu Dag Hammarskjöld (dem damaligen Generalsekretär der UNO). Der muß den Beethoven spielen lassen. Das ist die Welthymne!« Aus den erstaunten Gesichtern entnahm der Reisende – kein anderer als der weltberühmte Cellist Pablo Casals –, daß er sich präziser ausdrücken mußte. »Ich meine die Neunte, mit Schillers Ode an die Freude! Seid umschlungen, Millionen, diesen Kuß der ganzen Welt!«

Der temperamentvolle Spanier hatte es leicht, Hammarskjöld zu überzeugen. Alljährlich wurde am Gründungstag der Vereinten Nationen, dem 24. Oktober, das im UNO-Gebäude für die Delegierten sowie für Rundfunkhörer und Fernseher in aller Welt veranstaltete Konzert mit dem Schlußsatz der Neunten beschlossen und auf Deutsch gesungen.

Und 1960, als Chruschtschow nach New York gekommen war, um den unbequem selbständigen Hammarskjöld zu stürzen und durch ein Dreigespann von Generalsekretären aus Ost, West und neutraler Mitte zu ersetzen, ließ Hammarskjöld die ganze Neunte spielen. Vor dem spannungsgeladenen Haus zog er vorher in seiner Ansprache einen unvergeßlichen Vergleich zwischen dem Werk Beethovens und der Arbeit der Vereinten Nationen:

»Wenn die Neunte beginnt, treten wir in ein Drama voll scharfer Konflikte und düsterer Drohungen... Auf seinem Weg von Konflikt und Spannung zur Versöhnung hat uns Beethoven in seiner Lobeshymne ein Bekenntnis gegeben, das wir, die wir in und für diese Weltorganisation arbeiten, wohl uns zu eigen machen könnten. Wir nehmen an dem fortgesetzten Kampf zwischen widerstrebenden Interessen und Ideologien teil, der bisher die Geschichte der Menschheit bestimmt hat. Aber wir verlieren niemals den Glauben daran, daß den ersten Sätzen (der Symphonie) eines Tages der vierte Satz folgen wird. In diesem Glauben streben wir danach, Ordnung und Reinheit in das Chaos und in die Anarchie zu tragen. Von diesem Glauben erfüllt bemühen wir uns, die Gesetze des menschlichen Geistes und die Integrität des menschlichen Willens auf die dramatische Entwicklung zu übertragen, an der wir alle beteiligt sind und in der wir alle unsere Verantwortung tragen...«

Es war das letzte Mal, daß Hammarskjöld Beethovens Neunte im UNO-Saal hörte. Noch nicht ein Jahr später wurde sie dort noch einmal für ihn gespielt – in memoriam, ihm zum Totengedächtnis nach dem tragischen Flugzeugabsturz in Afrika, auf dem Wege zur Friedensstiftung mit Katanga.

Als der Stab der Vereinten Nationen Dag Hammarskjöld ein Denkmal setzen wollte, griffen Schiller und Beethoven noch einmal in die UNO-Geschicke ein. Man bat den Maler Marc Chagall, für seinen alten Freund Hammarskjöld in der Eingangshalle des UNO-Gebäudes ein Glasfenster zu schaffen. Es wurde eines der schönsten Werke von Chagall: Im Zentrum der lichte Friedensengel, zur Rechten zahllose, voll Sehnen und Hoffnung erhobene Menschengesichter. »Das sind Schillers, das sind Beethovens umschlungene Millionen«, bekannte Chagall, selbst erschüttert, als er sein Werk enthüllte.

IV

Nicht nur unsere Klassiker schufen deutsche Verbindungen zur UNO. In der weitverzweigten Familie der UNO, in den Sonderorganisationen, die so ziemlich alle menschlichen Aktivitäten und Interessen erfassen, Arbeit und Gesundheit, Wirtschaft und Finanz, Luftfahrt und Schifffahrt, Kinder und Erziehung, Wetter und Landwirtschaft, Post und Telegraf und dazu das immer mehr um sich greifende Feld der Entwicklungshilfe, in allen diesen Sparten konnte die Bundesrepublik oft von Anbeginn mitarbeiten. Die erste Mitgliedschaft ergab sich schon 1950 in der FAO, der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation. Ihr folgten die Mitgliedschaften in allen anderen Sonderorganisationen und freiwilligen Operationen. Deutsches Personal arbeitet in allen diesen Organisationen, in den zentralen Büros wie auf den oft beschwerlichen Außenposten, teils im festen Vertrag, teils in zeitlich begrenzten Vereinbarungen als Sachverständige.

Auch zur Weltorganisation selbst bestehen seit vielen Jahren direkte Verbindungen, sowohl zum Hauptquartier in New York wie zum Europäischen Sitz in Genf. Der damalige deutsche Generalkonsul in New York, Dr. Hans Riesser, nahm die Verbindung zur Zentrale der UNO auf und richtete im Oktober 1952 die Ständige Beobachtermission ein. Ein Botschafter leitete jeweils diese Vertretung des Auswärtigen Amtes, die über die Jahre mit den zunehmenden Aufgaben ständig gewachsen ist. Felix von Eckardt war einer dieser Beobachterbotschafter. In seinen Erinnerungen hat er seine

Was kostet uns das?

Achtundzwanzig Jahre nach ihrer Gründung wird Deutschland Mitglied der Vereinten Nationen. Läuft die letzte Phase des Beitrittsplans wie vorgesehen ab, erfolgt die Aufnahme am 18. September, dem ersten Tag der diesjährigen Ordentlichen Generalversammlung. Hemmnisse für die Aufnahme sind nicht mehr zu erwarten. Der Sicherheitsrat hat mit seinem Beschluß vom 22. Juni 1973 die nach der Charta erforderliche Empfehlung der Aufnahme zuhanden der Generalversammlung ausgesprochen. Die Generalversammlung beschließt über die Aufnahme mit Zweidrittelmehrheit endgültig. Die derzeitige Mitgliedschaft der Weltorganisation beträgt 132. Es müßten 45 Mitgliedstaaten gegen den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland stimmen, wenn er verhindert werden sollte. Das ist nicht vorstellbar. Üblicherweise erfolgen die Neuaufnahmen durch Zuruf. Seit vielen Jahren haben sich viele Mitgliedstaaten der Organisation betont für die deutsche Mitgliedschaft ausgesprochen. Allerdings für die Mitgliedschaft beider deutscher Staaten. Nach der Annahme des innerdeutschen Grundvertrages ist sie nun möglich. Denn mit der Aufnahme der Bundesrepublik steht gleichzeitig die der Deutschen Demokratischen Republik an. Es sollte hierbei durchaus als Besonderheit erkannt werden, daß der Sicherheitsrat die Aufnahme der beiden deutschen Staaten in einer Resolution empfohlen hat.

Der anstehende Beitritt der Bundesrepublik Deutschland hat in der Öffentlichkeit ein wachsendes Interesse an der deutschen Mitgliedschaft und an der Weltorganisation bewirkt. Da ist es überraschend, festzustellen, daß die zum Beitritt mit Abstand am häufigsten gestellte Frage lautet: Was kostet uns das?

Möglicherweise sind die Fragesteller nicht repräsentativ, vielleicht setzen sie den positiven Sinn des Beitritts bereits voraus, vielleicht ist das Gelddenken tatsächlich bestimmend geworden, zumal kaum jemandem verborgen geblieben sein kann, daß der deutsche Bürger international häufig, intensiv und von vielen Seiten zur Kasse gebeten wird. Was hinter der Frage nach den Kosten unseres Beitritts auch stehen mag, die Frage ist berechtigt und die Antwort folgende:

Der Mitgliedsbeitrag wird im Zusammenwirken mit dem beitretenden Staat nach Wirtschaftskraft und Bevölkerungszahl errechnet und in einer Prozentzahl am Haushalt der Organisation ausgedrückt, den die Generalversammlung jährlich beschließt. Für 1973 entfallen auf die Bundesrepublik Deutschland 6,8 Prozent, für 1974 werden es 7,1 Prozent sein (DDR für 1973 1,2 Prozent, für 1974 noch nicht bekannt). Der Haushalt der Organisation beläuft sich für 1973 auf 225 920 420 US-Dollar. In ihm sind Eigeneinnahmen der Organisation durch Verkauf von Publikationen, Besucherdienst u. ä. in Höhe von 10 Mill. US-Dollar enthalten, so daß der auf die Mitglieder umzulegende Betrag sich auf 215 795 390 US-Dollar beziffert. Die Bundesrepublik Deutschland hat für vier Monate Mitgliedschaft dieses Jahres ein Drittel ihres Solls von 6,8 Prozent am Budget zu zahlen. Je nach Dollarkurs liegt der Betrag damit bei 14 Millionen Deutscher Mark (Jahresbeitrag für 1973 wäre etwa 42 Mill. DM). Bei einer möglichen Steigerung des UN-Haushalts im nächsten Jahr um 6 bis 8 Prozent und der zu erwartenden Steigerung des Beitragsanteils der Bundesrepublik am Haushalt von 6,8 auf 7,1 Prozent könnte der von der Bundesrepublik für ihre Mitgliedschaft zu zahlende Betrag je nach Dollarkurs bei 45 bis 50 Millionen DM jährlich liegen. Ob die Mitgliedschaft in der Sache diesen finanziellen Aufwand wert ist, darüber ein anderes Mal.

Zum Nachdenken noch einige Zahlen: Das jährliche Volkseinkommen der Bundesrepublik geht auf eintausend Milliarden DM zu, der Etat der Bundeswehr beträgt rund 25 Milliarden, der Personaletat der Stadt München liegt höher als der Gesamtetat der UNO und den Europäischen Agrarmarkt bezuschußt die Bundesrepublik täglich mit 4 Millionen DM. Auch dürfte der deutsche Bürger den Gegenwert einer halben Packung Zigaretten im Jahr gern einsetzen, um die Anstrengungen der Vereinten Nationen für den Frieden in der Welt zu stärken.

Kurt Seinsch

Suche für die Botschafterresidenz launig beschrieben. Sein Fund ist ein Juwel: ein altes New Yorker Einzelhaus mitten unter den Wolkenkratzern; es wurde inzwischen von der Stadt unter Denkmalschutz gestellt.

Am längsten hatte Sigismund von Braun diesen Beobachterposten inne, der ihm sehr zusagte und besonders lag. »Kleinere Engel in der UNO sprechen Deutsch«, schrieb der frühere Untergeneralsekretär der UNO Tavares de Sa über Braun und schilderte, wie der deutsche Beobachter zwar in den Sitzungen nicht sprechen und nicht mit abstimmen konnte, wie er jedoch in den Wandelgängen und auf den vielen Empfängen oft eine Zentralfigur bildete, von der viele Delegierte sich gern Rat und Informationen holten. Wie in New York so in Genf, wo u. a. der inzwischen verstorbene Botschafter Schnippenkötter sich als Beobachter einen Namen machte, als er in vielen Gesprächen und Verhandlungen dem Atomwaffensperrvertrag einige für die Bundesrepublik wesentliche Züge verlieh.

Das Gespräch, der Kontakt, das sind Werte, die man in den Vereinten Nationen besonders schätzen lernt. Nicht zu Unrecht hat man die Wandelgänge des UNO-Gebäudes in New York einen »Supermarkt der Politik« genannt. Die Bundesrepublik hat in den letzten Jahren von der Möglichkeit guten Gebrauch gemacht und auf diesem Forum ihre Politik vertreten.

Als im Oktober 1968 Willy Brandt als erster Außenminister der Bundesrepublik sich für ein paar Tage in diesen Meinungsaustausch einschaltete – seine Vorgänger hatten immer ein wenig Angst davor gehabt, in New York ein Mauerblümchendasein zu führen –, stand er rasch im Mittelpunkt des Interesses. Vor der internationalen Presse faßte Brandt damals seinen Eindruck zusammen: »New York ist während der Vollversammlung der Vereinten Nationen ein idealer Platz, wenn man einen anschaulichen Überblick über die aktuellen außenpolitischen Bestrebungen in den verschiedenen Teilen der Welt gewinnen will.«

In vier Tagen traf Brandt damals mit fast allen Außenministern der Nato-Staaten, mit vielen Lateinamerikanern, mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko, mit dem israelischen und dem jordanischen Außenminister sowie mit zahlreichen anderen Kollegen zusammen, mit denen es nützlich schien, rasch die anliegenden bilateralen Probleme zu besprechen, oft auf Wunsch der anderen Minister. Im kleinen Kreise hat Brandt oft lobend hervorgehoben, wieviel einfacher und zeitsparender es sei, ausländische Kollegen von Hotelzimmer zu Hotelzimmer zu besuchen, anstatt eine offizielle Reise in eine andere Hauptstadt antreten zu müssen und die erwünschten vertraulichen Gespräche in ein umfassendes, anstrengendes Rahmenprogramm eingebettet zu finden.

Für das deutsche Verhältnis zu den Vereinten Nationen war es eine große Genugtuung für den Außenminister der Bundesrepublik, feststellen zu können, daß die harte Arbeit in zwei Jahrzehnten, das deutsche Ansehen in der Welt wiederherzustellen, auch in diesem Forum der Weltöffentlichkeit deutlich Früchte getragen hatte. Vor der Presse konnte Brandt in New York ohne Widerspruch erklären: »Ich konnte mit Befriedigung feststellen, daß die Versuche, das Forum der Vereinten Nationen zu benutzen, um die Politik der Bundesrepublik anzuschwärzen, keinen nennenswerten Widerhall finden.« So gesprochen nach einem politisch heißen Sommer in Europa, wenige Wochen nach dem sowjetischen Einmarsch in Prag.

Seitdem sind die Besuche bundesdeutscher Außenminister in New York am Rande der Vollversammlung zur Regel geworden. Besuch beim Generalsekretär, beim jeweiligen Präsidenten der Vollversammlung gehören ebenso dazu wie die zwanglosen Kontakte mit Kollegen, die Pressegespräche und die Empfänge, die selbst gegebenen wie die besuchten.

V

Für die DDR dagegen war bis zum vergangenen November, bis zur Entsendung des ersten offiziellen Beobachters nach New York, die Presse-Agentur ADN die einzige Vertretung am Hauptsitz der UNO. In Genf, im Europäischen Büro der Vereinten Nationen, war das anders. Dort hatte sich aus der Sachverständigentätigkeit in der Europäischen Wirtschaftskommission, die als eine Vertretung der Sowjetischen Besatzungszone in der Delegation der Sowjetunion begonnen hatte, praktisch ein Beobachterposten der Deutschen Demokratischen Republik entwickelt. In New York aber mußte Jahre hindurch ein einziger Korrespondent ADN-Redaktion und Regierung in Ost-Berlin mit Material versorgen und nach Kräften auch den Kontakt mit den Vertretern von Ländern pflegen, mit denen die DDR keine Beziehungen hatte.

Ein derartiger ADN-Bericht, so wird vermutet, hatte den überraschenden Aufnahmeantrag der DDR zur Folge, den der polnische Botschafter Lewandowski am 1. März 1966 dem Generalsekretär U Thant mit der Bitte überreichte, ihn dem Sicherheitsrat zur Beschlußfassung zuzuleiten. Es heißt, Ost-Berlin habe von Vermutungen über einen angeblichen bevorstehenden Antrag der Bundesrepublik gehört, dem sie zuvorkommen wollte. Den Sicherheitsrat mit dem Antrag aus Ost-Berlin zu befassen, war nach den Spielregeln der UNO unmöglich, so sehr auch der Ostblock darauf drängte. Nur »Staaten« konnten beim Sicherheitsrat um Aufnahme in die UNO bitten und als »Staat« konnte der Generalsekretär nur werten, wer von der Mehrheit der UNO-Mitglieder als solcher anerkannt war.

Für die Bundesrepublik, als Staat international auch damals schon seit langem anerkannt, hätte man zwar im März 1966 einen Antrag auf Mitgliedschaft durch die Vordertür hineintragen können. Doch im Sicherheitsrat, wo die Aufnahme-prozedur beginnen und eine Mehrheit für die Aufnahme sein muß, einschließlich der Zustimmung aller fünf Ständigen Mitglieder, war damals und bis vor kurzem, bis zur Ratifizierung des Grundvertrages mit der DDR, das sowjetische Veto gewiß.

Inzwischen sind die Anträge der beiden deutschen Staaten im Sicherheitsrat über die Bühne gegangen, und mit der Befürwortung aus diesem Gremium steht der feierlichen Aufnahme in der ersten Sitzung der 28. Vollversammlung am 18. September 1973 als 133. und 134. Mitglied der Vereinten Nationen nichts mehr im Wege. In den Seitenlogen, in denen sich auch die Plätze der Beobachter befinden, werden die beiden Delegationen bereit sein, um nach Verkündung der Aufnahme vom Protokollchef der UNO an die bereits vorbereiteten Plätze im Plenum geleitet zu werden. Es werden die Begrüßung durch den Präsidenten der Vollversammlung, die Beglückwünschung durch viele Delegationssprecher folgen, bis dann die Delegationsleiter der »German Democratic Republic« und der »Federal Republic of Germany« zum ersten Male als Mitglieder ans UNO-Pult treten können, um für die Aufnahme und für die Glückwünsche zu danken. 28 Jahre nach der Gründung der UNO wird die Universalität der Weltorganisation einen letzten wichtigen Schritt vorangekommen sein.

VI

Was wird nun die Mitgliedschaft für uns bedeuten? Werden wir mehr als bisher in der Weltpolitik mitmischen können? Oder werden sich zwei deutsche Staaten gegenseitig neutralisieren, wenn es um politische Entscheidungen geht? Wird man unwürdige Schauspiele polemischer Darstellung gegensätzlicher Standpunkte erleben, das Waschen schmutziger Wäsche auf offener Weltbühne?

Wenn die Menschheit zum zweiten Male in einem so konfliktbeladenen Jahrhundert Anstrengungen macht, mit einer Weltorganisation des Friedens einen weiteren Wall gegen bewaff-

nete Konflikte und gegen die chauvinistische Verfolgung engstirnig-nationalistischer Ziele zu errichten, so sollte sich wohl niemand diesem Bemühen versagen, und schon gar nicht eine Nation, die sich noch vor nur einer Generation in den furchtbarsten aller Kriege hineinstoßen ließ und dabei die Welt mitriß. Eine Mehrheit aus allen Parteien im Bundestag wie auch die Volkskammer in der DDR haben dem Beitritt zugestimmt, und damit sicherlich recht getan.

Wir alle wissen, daß die UNO noch zu schwach ist, um jeden Krieg zu verhindern. Wir wissen aber auch, daß die UNO so stark oder so schwach ist, wie die Völker oder ihre Regierungen es wollen. Immerhin ist schon so mancher Konflikt von der UNO verhindert worden, wie in Zypern, oder doch eingeeengt worden, wie die Geschichte des Sechs-Tage-Krieges im Nahen Osten 1967 zeigt. Wie es der Bundesminister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Eppler, kürzlich an dieser Stelle ausdrückte: »Die Vereinten Nationen sind nötig. Aber sie sind heute noch schwächer, als dies nötig wäre. Das ist kein Grund zu billigem Spott. Das ist ein Grund sie stärker zu machen.«

Und dann: Kriege sind nicht die einzigen Konflikte, die uns plagen. So wie der Aufstand des Gewissens in einzelnen Völkern die Sklaverei, die Kinderarbeit, die Vielweiberei überwinden half, so kann sich das Weltgewissen in den Vereinten Nationen regen und tätig werden. Der Nichtverbreitungsvertrag für Atomwaffen ist ein Beispiel, die UNO-Konferenz für den Umweltschutz ein anderes. Den Meeresboden versucht man in der UNO vor einseitig-nationaler Ausbeutung zu bewahren, das Recht auf den Meeren versucht man, der Vernunft statt der Macht unterzuordnen. Dem Hunger tritt man schon seit Jahren weltweit entgegen, Aufklärung über die drohende Gefahr der Überbevölkerung trägt die UNO unter die Entwicklungsvölker. Bei Naturkatastrophen

verspricht die UNO zum Generalstab rascher, international aufeinander abgestimmter Hilfsaktionen zu werden. Und wenn das Beispiel Bangladesch Schule macht, so kann auch bei politisch verursachten oder beeinflussten Katastrophen durch UNO-Kanäle rasch praktische Hilfe fließen.

Der Völkerbund war überwiegend auf Europa zugeschnitten. Die UNO hat die Welt als ihr Feld – und hat bereits einen ihr innerlich zugetanen Stab, der zu einem weltweiten Einsatz in einer Art und Weise bereit und in der Lage ist, wie es noch 1945, bei der Gründung der UNO, als Fantasterei und Utopie erschienen wäre. Der kürzlich verstorbene langjährige UNO-Korrespondent und Mitarbeiter dieser Zeitschrift, Otto Leichter, sagte oft: »Je länger ich in der UNO arbeite, desto mehr begreife ich, daß ihr größter Wert in den vielseitigen menschlichen Beziehungen liegt, die hier geknüpft werden. Hier entstehen Freundschaften, hier gewinnt man Einsichten von Mensch zu Mensch, die Keime für die Zukunft sind.«

Bald werden in die Konferenzsäle wie in das Sekretariat der Vereinten Nationen deutsche Vertreter einziehen, werden Deutsche freiwerdende Posten besetzen, um an diesem weltweiten Gewebe der menschlichen Beziehungen im Dienste an der einen Welt mitzuwirken. Bald werden aus den beiden deutschen Staaten die – sehnlich erwarteten – Mitgliedsbeiträge eingehen, mit einem Anteil von 6,8 Prozent des Budgets aus der Bundesrepublik und mit 2,2 Prozent aus der DDR.

Es hat viele Stationen auf dem deutschen Wege in die UNO gegeben. Aus dem Feuerofen des deutschen Schicksals erwarten sich viele »alte Hasen« in der UNO deutsche Beiträge, die über das Finanzielle, über die Einzelleistung hinausgehen und die ein wenig von der Erfahrung aus der alten deutschen Mittlerrolle im Herzen Europas, die sich in der Ostpolitik neu bewährt hat, für die Mittleraufgaben in aller Welt beisteuern können.

Die Sachunterschiede zwischen Ost und West bestehen weiter. Aber die Zeit des totalen Feindverhältnisses ist vorbei. Sichtbarer Ausdruck der Bemühungen um Abbau von Spannungen ist unter anderem, daß offizielle Persönlichkeiten aus den beiden Teilen Deutschlands nicht mehr wie bisher aneinander vorbeisehen müssen, sondern sich normal begrüßen. Hier hält das Bild den ersten Händedruck fest zwischen dem Ständigen Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei den Vereinten Nationen, Botschafter Walter Gehlhoff (rechts), und seinem Gegenüber von der DDR, Botschafter Horst Grunert. Die Begrüßung fand am 22. Juni am Sitz der Vereinten Nationen in New York statt. An diesem Tag beschloß der Sicherheitsrat, der Generalversammlung die Aufnahme der beiden deutschen Staaten in die Vereinten Nationen zu empfehlen.

